Bundesministerium
für Verkehr, Bau
und Stadtentwicklung

Bundesamt
für Bauwesen und
Raumordnung

Bund-Länder-Programm
Soziale Stadt

Bundestransferstelle
Soziale Stadt

4. Fachpolitischer Dialog zur Sozialen Stadt: Integration von Zuwanderern vor Ort

Auswertungsbericht

Berlin, November 2007

Deutsches Institut für Urbanistik

4. Fachpolitischer Dialog zur Sozialen Stadt – Integration von Zuwanderern vor Ort

Auswertungsbericht (November 2007)

Im November 2003 eröffnete das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (BMVBW), heute: für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS), die Veranstaltungsreihe „Fachpolitische Dialoge zur Sozialen Stadt" als eine Diskussionsplattform für den Informations- und Erfahrungsaustausch der an der Umsetzung des Programms Beteiligten und Interessierten. Beim 1. Fachpolitischen Dialog standen die Ergebnisse der Programmbegleitung durch das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) und der Untersuchungsansatz zur Zwischenevaluierung durch das Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik (IfS) im Mittelpunkt. Beim 2. Fachpolitischen Dialog im Oktober 2004 ging es um die Ergebnisse der bundesweiten Zwischenevaluierung sowie daraus abgeleitete Empfehlungen zur Weiterentwicklung des Programms und seiner Umsetzung. Der 3. Fachpolitische Dialog im Oktober 2006 war den Ergebnissen der von der Bundestransferstelle Soziale Stadt beim Difu 2005/2006 durchgeführten dritten bundesweiten Befragung in den Programmgebieten der Sozialen Stadt sowie den – auch daraus ableitbaren – Aspekten einer Weiterentwicklung des Programms Soziale Stadt gewidmet. Im Mittelpunkt des 4. Fachdialogs am 25. Oktober 2007 stand die Frage, wie die Integration von Zuwanderern im sozialräumlichen Kontext des Quartiers gefördert werden kann.

Der Einladung zum 4. Fachpolitischen Dialog folgten etwa 95 Akteure der Sozialen Stadt, aus Politik, Verwaltungen von Bund, Ländern und Kommunen, Fachverbänden und der Fachöffentlichkeit. Sie diskutierten über folgende Fragestellungen:

- Welche Möglichkeiten der Förderung von Integration vor Ort bestehen auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene?
- Welche Erkenntnisse und Empfehlungen seitens der Wissenschaft liegen zur sozialräumlichen Integration von Zuwanderern vor?
- Welche thematischen Handlungsfelder spielen bei der Querschnittsaufgabe Integration eine besondere Rolle?
- Welche Anforderungen an die Kooperation von verantwortlichen Akteuren auf Bundes-, Landes-, kommunaler sowie Projektebene müssen erfüllt werden, um dieser zentralen gesellschaftspolitischen Herausforderung besser begegnen zu können?

Integration und Soziale Stadt

Achim Großmann, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS), Berlin

Der Parlamentarische Staatssekretär Achim Großmann erläuterte zunächst die Gründe, die zur Themenwahl für den 4. Fachpolitischen Dialog geführt hatten: Zum einen ist die Integration von Zuwanderern einer der Bereiche, in denen die Zwischenevaluierung zum Programm Soziale Stadt im Jahr 2004 zusätzlichen Handlungsbedarf aufgezeigt hat. Zum andern hat dieses Thema inzwischen auch auf der politischen Ebene mit den im Bundeskanzleramt im Juli 2006 und im Juli 2007 durchgeführten „Integrationsgipfeln" einen noch höheren Stellenwert erhalten. Zum zweiten Gipfelgespräch 2007 ist – nach einem umfassenden Diskussionsprozess in Arbeitsgruppen – ein Nationaler Integrationsplan vorgelegt worden. In diesem Plan sind die aktuellen Probleme und Handlungsbedarfe beschrieben sowie Maßnahmen und Selbstverpflichtungen benannt, die zu einer besseren Integration beitragen sollen. Einer der darin enthaltenen zehn Themenschwerpunkte ist die Integration vor Ort in den Kommunen und im Wohnquartier. Beim Thema Integration vor Ort ist im Nationalen Integrationsplan insbesondere auch das Programm Soziale Stadt angesprochen. Vor diesem Hintergrund – so der Staatssekretär – solle der Fachdialog dazu dienen, Folgerungen für die Weiterentwicklung des Programms zu ziehen.

Bei der Beschreibung der Rahmenbedingungen betonte der Staatssekretär, dass mit weiterer Zuwanderung in Deutschland auch künftig zu rechnen sei und die ungleiche räumliche Verteilung dabei eine besondere Rolle spiele: Bewohnerinnen und Bewohnern mit Migrationshintergrund erreichen in den westlichen Bundesländern und da insbesondere in den innerstädtischen Quartieren einen besonders hohen Bevölkerungsanteil. Der räumliche Aspekt sei aber auch deswegen von besonderer Bedeutung, weil durch den wirtschaftlichen Strukturwandel der Arbeitsmarkt als Integrationsfaktor zunehmend an Bedeutung verloren habe, Stadtteilarbeit und Nachbarschaften dagegen eine immer größere Rolle als Integrationsfaktor spielten.

Dabei sei auf Ebene der Kommunen Integration vor Ort eine Querschnittsaufgabe, die fachübergreifend angegangen werden müsse. Es bestehe auch darüber Einvernehmen, dass in sozial und ökonomisch benachteiligten Stadtteilen mit hohen Zuwandereranteilen besonderer Handlungsbedarf bestehe. Ziel des Programms Soziale Stadt sei es in diesem Zusammenhang, in belasteten Quartieren eine Trendwende zur Stabilisierung und Aufwertung einzuleiten und den dort lebenden Menschen Chancen zu eröffnen, wieder am Gemeinwesen Stadt teilzuhaben. Als wichtige Handlungsfelder für die Integration von Zuwanderern in der Sozialen Stadt, die im Mittelpunkt des 4. Fachpolitischen Dialogs stehen sollen, nannte der Staatssekretär Bildung, Sport und Gesundheit im Quartier:

- Als Handlungsansätze im Bildungsbereich nannte Herr Großmann die gezielte Verbesserung der Bildungsangebote, und zwar bereits ab der frühkindlichen Förderung, sowie die Weiterentwicklung von Schulen und Kitas zu „Stadtteilschulen“ und „Stadtteil-Kitas“ und damit zu Orten der Freizeitgestaltung, zu Familienzentren oder interkulturellen Begegnungsstätten.
- Den Sport als Weg zur sozialen Integration im Alltag gelte es durch Schaffung wohnungsnaher Anlagen für Spiel- und Freizeitbeschäftigung und zielgruppenorientierte Angebote für die sportliche Betätigung gemeinsam mit den Sportverbänden und -vereinen zu stärken.
- Beim Thema ‚Gesundheit' sei noch ein weiter Weg zurückzulegen. Beim 3. Fachpolitischen Dialog Soziale Stadt vor einem Jahr wurde aus der 2005/2006 durchgeführten Befragung in den Programmgebieten der Sozialen Stadt berichtet, dass nur in einem Viertel der Gebiete Maßnahmen und Projekte mit explizitem Gesundheitsbezug durchgeführt wurden. In jüngerer Zeit gebe es aber Anzeichen, dass den Erkenntnissen über die sozialräumliche Bedeutung der Gesundheitsförderung mehr Aktivitäten folgen.

Alle diese Maßnahmen gehören, betonte der Staatssekretär, in das Maßnahmenbündel der integrativen Entwicklungskonzepte der Sozialen Stadt. Fördermöglichkeiten dafür bestünden im Rahmen der Sozialen Stadt zum einen im baulich-investiven Bereich, zum anderen – zumindest im Rahmen von Modellvorhaben – auch in Bezug auf ergänzende Maßnahmen zur sozialen Integration, zur Sprachförderung, zur Verbesserung von Schul- und Bildungsabschlüssen oder zur Betreuung von Jugendlichen in der Freizeit.

Förderung von Integration vor Ort auf Ebene des Landes

Dr. Walter Kindermann, Hessisches Sozialministerium, Abteilung Arbeit, Soziales, Integration, Wiesbaden

Dr. Kindermann wies in seinem Vortrag zunächst auf Ungenauigkeiten bei den verwendeten Begrifflichkeiten hin. Jene Herausforderungen, die mit dem Begriff der Zuwanderer in Verbindung gebracht würden, beträfen im Wesentlichen die Integration von Zu*gewanderten*, nämlich der Familien von ursprünglich nur auf Zeit als Gastarbeiter ins Land geholten „Einfachstarbeitskräften“, die sich auch selbst zunächst nur auf einen befristeten Aufenthalt im Lande eingerichtet hatten.

Integration – betonte Dr. Kindermann – sei „keine Randgruppenthematik mehr“. Er belegte dies eindrucksvoll an Bevölkerungszahlen aus Hessen: zwölf Prozent der hessischen Bevölkerung sind Ausländer im Sinne der Statistik. 23 Prozent haben tatsächlich einen Migrationshintergrund. Bei Kindern liegt dieser Anteil bei 41 Prozent, in Großstädten wie Frankfurt am Main erreicht ihr Anteil bei Lebendgeborenen sogar 66 Prozent.

Die Integrationsaufgaben des Landes sind laut Dr. Kindermann vor allem im Kontext von Zuwanderung und Bildungs- und Berufsabschlüssen sowie Beschäftigungssituation zu sehen und bestünden insbesondere im Bereich Sprachförderung, um auf diese Weise die Bildungs- und damit auch Arbeitschancen von Migrantinnen und Migranten zu erhöhen. Auch die Förderung von Ganztagsschulen und die Übernahme von Betreuungs- und Verpflegungskosten in den Kindergärten seien hierfür wichtige Integrationsaktivitäten des Landes Hessen. Darüber hinaus hat das Land eine Internetplattform (http://www.sozialnetz.de) für Akteure aus dem Themenfeld Integration und Zuwanderung eingerichtet. Alle Aktivitäten zur Integration werden möglichst durch die landespolitische Spitze repräsentiert, um deutlich zu machen, dass es sich bei Integration um kein Rand- oder Spezialthema, sondern um ein Querschnittsthema handele. Dies gelte beispielsweise auch für die Implementation des zusammen mit den kommunalen Spitzenverbänden entwickelten Integrationskonzepts für die kommunale Ebene.

Auch in der anschließenden Diskussion wurde von verschiedener Seite darauf hingewiesen, wie wichtig es sei, die Spitzen der Regierungen und Verwaltungen für das Thema Integration zu gewinnen. Nur wenn dies gelinge, werde Integration als zentrales gesellschaftliches Thema wahrgenommen.

Im Zuge der Diskussion verwies Dr. Kindermann auf die besondere Bedeutung von Maßnahmen, die quer in andere Politikfelder lanciert werden. Dies gelte insbesondere für die Arbeitsmarktpolitik, in der inzwischen Arbeitsmarktförderprogramme auch unter der Integrationsperspektive diskutiert werden, sowie für die Bildungs- und Erziehungspolitik – so habe etwa die Diskussion um „Schule ohne Ranzen“ enormes integrationspolitisches Gewicht: Mehr Ganztagsschule fördere die Bildungschancen von Zuwanderern.

Den Wegfall des hessischen Komplementärtopfes für soziale Projekte im Zusammenhang mit dem Bund-Länder-Programm Soziale Stadt bezeichnete Dr. Kindermann auf Nachfrage aus dem Teilnehmerkreis aus Sicht des zuständigen Abteilungsleiters als bedauerlich, weil damit zusätzliche Impulse für das Programm befördert werden konnten. Strukturell allerdings sei der Komplementärtopf problematisch gewesen, weil er die gewünschte Vernetzung von sozialen Projekten anderer Förderstrukturen (zum Beispiel im Bereich der Erziehungs-, Jugend- und Drogenberatung) mit dem Programm Soziale Stadt in Hessen eher behindert habe.

Förderung von Integration vor Ort auf Ebene der Kommune

Dr. Helmuth Schweitzer, RAA Regionale Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien/Büro für interkulturelle Arbeit der Stadt Essen

Dr. Schweitzer verwies zunächst aus der Perspektive der Kommunen auf den Zusammenhang von Integrationsaufgaben mit der Föderalismusdebatte sowie der Neuordnung von Zuständigkeiten, für die aus Sicht der Kommunen dringender Handlungsbedarf bestehe. Die Kommunen trügen die

Hauptlast der Integrationsleistungen, ohne dafür hinreichend Steuerungskompetenzen zu haben. Insbesondere gelte dies für Kommunen, die der Haushaltssicherung unterliegen. Hier würden Integrationsleistungen, da sie bislang nicht zu den Pflichtaufgaben gehören, sondern freiwillig wahrgenommen werden, häufig aufgegeben.

Die Stadt Essen habe schon früh erkannt, dass es keinen Sinn mache, in Stadtteilen mit hohem Migrantenanteil spezielle „Ausländerprojekte" zu fördern, da die in den Stadtteilen der Sozialen Stadt anzutreffenden sozialen Problemlagen einheimische wie zugewanderte Bewohner gleichermaßen betreffen. Wesentliches Ziel kommunaler Integrationsarbeit müsse es daher sein, von speziellen „Ausländerexperten" in der Verwaltung und von der durch Förderprogramme begründeten „Projektitis" wegzukommen und stattdessen die Regeleinrichtungen dazu zu bringen, bei ihren Regelaufgaben Integrationsziele mit zu verfolgen und dies bei ihrer Organisationsstruktur und Personalentwicklung zu berücksichtigen.

Auf Grundlage dieser Erkenntnisse wurde für die Integrationspolitik der Stadt Essen folgendes Vier-Säulen-Modell entwickelt:

- Wahl einer Migrantenvertretung,
- Gründung der Regionalen Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien (RAA),
- Initiierung von Stadtteilprojekten in Kooperation zwischen Stadt, Universität und freien Verbänden sowie
- Erstellung von Handlungsprogrammen.

Die Handlungsprogramme stellten sich jedoch in der Praxis schnell als defizitär hinsichtlich ihrer Verbindlichkeit für die Stadtpolitik heraus („Papiere von folgenloser Wichtigkeit"). Als Reaktion hierauf wurden neue Initiativen nicht mehr als Verwaltungsprojekte, sondern auf diskursivem und partizipativem Wege gemeinsam durch die relevanten Akteure entlang von Handlungsfeldern bis auf die Maßnahmenebene hinab entwickelt. Aus diesen Handlungsfeld- und Maßnahmenkatalogen wurden schließlich Leitlinien abgeleitet, zu denen auch die Akzeptanz eigenethnischer Strukturen gehört. Als zentrales und per Ratsbeschluss legitimiertes Ziel der städtischen Aktivitäten nannte Dr. Schweitzer in diesem Zusammenhang die Verankerung interkultureller Orientierung als Mainstream in allen Ämtern.

Innerhalb des Steuerungsmodells für die Erreichung dieses Ziels wurde die Prozessverantwortung der RAA zugeordnet, die auch mit einem Innovationstopf für die Querschnittsaufgabe Integration ausgestattet wurde. Damit können im Rahmen der Haushaltsberatungen festgelegte Handlungsschwerpunkte für innovative Impulse in den Bereichen Personalentwicklung, Sprachförderung sowie Bildung finanziert werden. Nach einer Erprobungsphase sollen diese Maßnahmen auf Beschluss des Rates in die Regeldienste überführt werden.

Die in der anschließenden Diskussion erwähnten Schwierigkeiten, die sich durch den Ansatz zur Überführung in die Regeldienste im Zusammenhang mit der Kommunalaufsicht ergeben, bestätigte Dr. Schweitzer. Allerdings werde die Integration von Zuwanderern inzwischen durch die Kämmerei der Stadt Essen als zentrale Querschnittsaufgabe von zukunftsweisender Bedeutung bezeichnet, die zur Haushaltssicherung beitrage. Der Hinweis auf die Gefahr, dass bei der Überführung in den Regeldienst die Umsetzung der Ziele in einer allgemeinen „Zuständigkeitslosigkeit" zu versickern drohten, wurde durch Dr.

Schweitzer ebenfalls geteilt. Ein Controllingsystem, das zu Berichten der Geldempfänger anhand eines einheitlichen Qualitätskriterienkatalogs verpflichtet, sei in diesem Zusammenhang zwingend erforderlich und für den Aufgabenbereich des RAA etabliert. Der Rat strebe nun das Etablieren dieses Controllingsystems auch in Regeldiensten an. Schwierig sei in diesem Zusammenhang aber die Messbarkeit der Wirkungen der Maßnahmen.

Sozialräumliche Integration von Zuwanderern – Erfahrungen und Empfehlungen

PD Dr. Erol Yildiz, Erziehungswissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln

Dr. Erol Yildiz wies zu Beginn seines Vortrages darauf hin, dass Städte das Produkt von Migration seien, ihre Entstehung ohne physische Mobilität von Menschen nicht denkbar sei. In der Diskussion um Integration komme oft zu kurz, was im Alltäglichen passiere und was die Migrantinnen und Migranten selbst zur Integration beitrügen. Die Diskussion um das urbane Zusammenleben geschehe statt aus der lebensweltlichen Perspektive in erster Linie auf systemischer Ebene (Bildung, Arbeitsmarkt), in die Migrantinnen und Migranten nur sehr mangelhaft eingebunden seien. Insofern sei damit immer ein Blick von außen verbunden. Daher erführen beispielsweise die Strategien, die Migrantinnen und Migranten entwickelt haben, um trotz dieser fehlenden Einbindung an den Prozessen in ihren Stadtteilen teilzuhaben, nicht in ausreichendem Maße Anerkennung. Stattdessen werde in der Öffentlichkeit das Bild von Parallelgesellschaften gepflegt, in denen die Zuwanderergruppen in der „Kulturkolonie“ oder gar im Ghetto lebten. Dieser Mythos diene dazu, die Vielfältigkeit der Alltagswelten „aufzuräumen“ und impliziere, dass Integration von den Migrantinnen und Migranten nicht gewünscht sei. Die damit verbundene Bestrebung, „eindeutige“ ethnische Zuordnungen vorzunehmen, stoße angesichts des wachsenden Anteils multiethnischer Biografien aber an ihre Grenzen. Stattdessen gelte es die Relevanz lebenspraktischer Multikulturalität im Integrationsprozess stärker zu würdigen. Das Leben mit unterschiedlichen Identitäten könne in einer globalisierten Welt durchaus als Kompetenz angesehen werden.

Als Beispiel dafür führte er die Kölner Keupstraße an, ein Einwandererviertel, das in der Stadtöffentlichkeit immer als Ort der Parallelgesellschaft wahrgenommen werde. Andererseits hätten die Migrantinnen und Migranten ganz wesentlich zur Modernisierung und Urbanisierung der Straße beigetragen, indem sie beispielsweise leer stehende Läden nutzten. Im Gegensatz zur öffentlichen Wahrnehmung sei die Straße zu einem integralen Bestandteil des urbanen Quartiers Köln-Mülheim geworden und könne aus der lebensweltlichen Perspektive ihrer Bewohner als Erfolgsgeschichte für den Wandel zu einem postmodernen Quartier bezeichnet werden. Dies gelte auch in Bezug auf die Integration, allerdings in der Weise, dass die Integration von Deutschen in das türkisch geprägte Quartier ganz gut klappe. Dr. Yildiz zitierte in diesem Zusammenhang einen Mülheimer Bewohner mit den Worten: *„Man ist hier integriert. Jetzt, als Deutscher ist man hier schon integriert, das ist ja schon paradox. Wir gehen ja nur in türkische Geschäfte, wir gehen ja nur hier einkaufen".*

Nur aus einem solchen alltagsbezogenen Blickwinkel heraus, so die These von Dr. Yildiz, könnten die Entwicklungspotenziale und Chancen für städtische Quartiere wahrgenommen werden, die Einwanderung und Diversität als wesentliche Elemente urbanen Zusammenlebens mit sich brächten. Statt einer problematisierenden Sichtweise fordert er die Akzeptanz von Migration und Multikulturalität als Alltagsnormalität (Motto: „Wir leben das"), wie sie in Folge des demographischen Wandels in Zukunft noch weiter an Bedeutung gewinnen werde.

In der Diskussion wurde vor allem die Forderung von Dr. Yildiz nach einem anderen Blick, weg vom deutschen Ordnungsdenken gewürdigt. Dieser eröffne andere Analysewege und -ergebnisse. Nur wenn die Perspektive des Alltäglichen ernst genommen werde, könnten die Menschen zur gesellschaftlichen Teilhabe und Integration motiviert werden. Die Problematisierung von Multikultur und Darstellung von Migration als Ausnahmesituation habe sich als Mythos in der öffentlichen Wahrnehmung (Medien, Schulbücher etc.) „veralltäglicht". Dabei spiele Diversität in lokalen Integrationsprozessen eine entscheidende Rolle. In Bezug auf Förderprogramme wurde eine Überwindung des bestehenden Förderansatzes angeregt, der den im Vortrag beschriebenen segmentierenden Blick auf die Gesellschaft durch seine Ausrichtung auf bestimmte Zielgruppen verfestige, statt sich an Problemlagen zu orientieren, die Deutsche und Ausländer gleichermaßen beträfen. Das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt" biete für solche problemorientierten Ansätze gute Möglichkeiten, wenn dabei die Menschen vor Ort einbezogen werden und auf ihre Kompetenzen zurückgegriffen wird.

Integration und Sport

Jan Odendahl, Projektleiter „Körbe für Köln e.V."

Jan Odendahl stellte den Kölner Verein „Körbe für Köln e.V." als Gemeinschaftsprojekt des Basketballbundesligisten Köln 99ers, der RheinEnergieStiftung Jugend/Beruf, Wissenschaft, der Stadt Köln und der Deutschen Sporthochschule als Beispiel für Sport als „Motor" integrativer Arbeit vor: Ziel der Vereinsarbeit ist die Integration von sozial benachteiligten Jugendlichen in Stadtteilen mit erhöhtem Jugendhilfebedarf. Dies soll über die niedrigschwellige, da – im Gegensatz zu den meisten Sportvereinen – kostenfreie Möglichkeit erreicht werden, im Quartier Basketball auf rund um die Uhr zugänglichen Plätzen zu spielen, die vom Verein betreut werden. Daran angeknüpft sind regelmäßig Beratungsangebote für Kinder und Jugendliche.

Bei der Auswahl der Angebotsstandorte orientiert sich der Verein an Ergebnissen von Sozialraumanalysen und damit unter anderem an den Kriterien Jugendarbeitslosigkeit, Anteil jugendlicher Migrantinnen und Migranten oder Anteil ausländischer Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger. Bei der Formulierung seiner standortbezogenen Ziele wird der Verein durch eine Expertenrunde unterstützt, bei der Umsetzung vor Ort kooperiert er mit städti-

schen und privaten Initiativen der Jugendarbeit sowie der Jugendberufshilfe. Insbesondere im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit werden auch Jugendeinrichtungen, Schulen, Kulturzentren und informelle Treffpunkte einbezogen.

Das Angebot von „Körbe für Köln e.V." richtet sich explizit an alle Interessierten, ist also nicht auf bestimmte Zielgruppen beschränkt. Aufgrund der Verortung des Projektes in benachteiligten Stadtteilen findet sich jedoch stets ein hoher Anteil von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund (bis zu 60 Prozent) unter den Teilnehmern und Teilnehmerinnen – viele davon sind Mädchen, was als großer Erfolg des Projektes gewertet wird.

Das Thema Multikulturalität ist – so Jan Odendahl – gerade im sportlichen Bereich ein unproblematisches: Sport funktioniere auf der Jugendebene als verbindendes „Vehikel" zwischen unterschiedlichen Kulturen. Die im Basketball wie auch in der Jugendkultur allgemein verwendeten gemeinsamen Codes seien ein wichtiges Verbindungsglied.

Schließlich ist es Ziel des Projektes, durch die Ausrichtung von Basketballturnieren an unterschiedlichen Standorten in Köln die vergleichsweise starke Immobilität von benachteiligten Kindern und Jugendlichen aufzubrechen: Es gehe darum, „die Jungs auch mal über den Rhein zu kriegen".

Die Stadt unterstützt den Verein, indem sie ihn mit relevanten Informationen versorgt, gelegentlich „Türen öffnet" und ihm Hilfestellung bei der Beantragung von Fördergeldern anbietet. Die Finanzierung des Projektes erfolgt über die Projektpartner.

In der anschließenden Plenumsdiskussion wurden nochmals die Vorteile der Kooperation mit Quartiersakteuren sowie der auf Freiwilligkeit basierende Projektcharakter betont: Die Ansprache von Jugendlichen, die nur schwer in Vereinssportstrukturen einzubeziehen seien, gelinge im Rahmen von „Körbe für Köln e.V." nicht nur durch zielgruppenspezifische Werbung, sondern vor allem durch den Einsatz von Übungsleitern, die sich in den jeweiligen Stadtteilen auskennen und selbst aus der Jugendkultur kommen. Weil die Jugendlichen freiwillig teilnehmen, könne außerdem ein gewisses Maß an Einfluss auf sie genommen werden, nach dem Motto „Wenn Du schon mal da bist, dann bring Dich ein!".

Integration und Gesundheit

Ingrid Papies-Winkler, Plan- und Leitstelle Gesundheit Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg, Berlin

Ingrid Papies-Winkler von der Plan- und Leitstelle Gesundheit stellte Strategien des Berliner Stadtbezirkes Friedrichshain-Kreuzberg zum Themenfeld Integration und Gesundheit vor. Die dahingehenden Aktivitäten des Bezirks sind vor dem Hintergrund seiner besonderen Sozialstruktur zu sehen: Vor allem der Stadtteil Kreuzberg weist nicht nur den niedrigsten Sozialindex unter den Berlin Stadtbezirken auf, sondern auch einen sehr hohen Anteil an Bewohnern und Bewohnerinnen mit Migrationshintergrund und von Kindern unter 15 Jahren –

insbesondere in den sechs Programmgebieten „Soziale Stadt“. Hinzu kommen städtebauliche Probleme wie dichte Bebauung und ein Mangel an Grünflächen. Auf der anderen Seite verfügen Bezirk und Programmgebiete mit einer reichen Projektlandschaft, großer kultureller Vielfalt, einer intakten Kiezstruktur, einer langen Tradition der Bewohnerbeteiligung und einer aktiven Bezirkspolitik auch über wichtige Ressourcen, zu denen Ingrid Papies-Winkler schließlich auch „gute Modelle der Stadtplanung“ zählte.

Um diese Ressourcen entwickeln zu können, gehört der Bezirk beispielsweise seit 1999 dem Gesunde-Städte-Netzwerk an. Die Entwicklung Friedrichshain-Kreuzbergs zu einem „gesunden Bezirk“ soll unter anderem entlang der Querschnittsaufgabe Migration, Integration und Gesundheit erreicht werden. So wurden auf der Grundlage eines Beschlusses der Bezirksverordnetenversammlung die Entwicklung eines entsprechenden Handlungskonzeptes und – konkreter – eines interkulturellen Gesundheitsnetzwerkes vorangetrieben. Koordiniert werden diese Prozesse von der Plan- und Leitstelle Gesundheit des Bezirksamtes Friedrichshain-Kreuzberg unter Beteiligung des öffentlichen Gesundheitsdienstes, verschiedener Wohlfahrtsverbände und freier Träger, Krankenhäuser und ambulanter Dienste; außerdem wird das Vorhaben wissenschaftlich begleitet.

Im Zuge der vorbereitenden Arbeiten (Bedarfsermittlung etc.) stellte sich jedoch heraus, dass insbesondere die Datenlage der Gesundheitsberichterstattung nur unzureichend ist, vor allem bezogen auf Migrantinnen und Migranten. Ausreichende Daten lagen lediglich auf der Grundlage von Einschulungsuntersuchungen vor, bei denen sich zeigte, dass Probleme mit Übergewicht und sprachliche Entwicklungsdefizite bei Kindern mit türkischer und arabischer Herkunft zu den größten Problemen zählten. Vor allem letzteres korrespondierte mit Defiziten bei Informations- und Therapieangeboten im Bezirk, die nicht die notwendigen Voraussetzungen einer sprachlichen und kulturellen Verständigung erfüllten. In diesem Zusammenhang wurde unter anderem eine nur geringe Inanspruchnahme von psychiatrischen und psychoanalytischen Angeboten durch Migrantinnen und Migranten festgestellt. Ein weiterer Bedarfsschwerpunkt wurde bei der Kooperation und Vernetzung der bestehenden Angebote, Projekte und Anlaufstellen ermittelt. Auch fehlten generelle Übersichtsinformationen zu Projekten und Angeboten im Bezirk.

Aufgrund dieser Befunde wurde als wichtiges Entwicklungsziel die Sicherung von Chancengleichheit und Verbesserung der gesundheitlichen und psychosozialen Situation von Migrantinnen und Migranten definiert. Hierzu wurde das Netzwerk „Arbeitskreis Migration, Integration und Gesundheit“ ins Leben gerufen, dem unter anderem Migranten-Selbsthilfegruppen aus dem gesundheitlichen Bereich angehören. Darüber hinaus wurde ein Gemeindedolmetscherdienst – bestehend aus rund 70 Personen mit Migrationshintergrund – eingerichtet, der in Krankenhäusern, den Regeldiensten des öffentlichen Gesundheitsdienstes und des Jugendamtes sowie bei verschiedenen Sozialdiensten und freien Trägern eingesetzt wird. Zur besseren Information von Migrantinnen und Migranten über Gesundheitsangebote im Bezirk wurde außerdem eine Datenbank eingerichtet, gekoppelt mit dem Angebot einer Internetschulung, die sehr gut angenommen wird. Weitere Angebote speziell für Migrantinnen und Migranten wurden im Rahmen des Arbeitskreises „Gesundheitsförderung rund um die Geburt“ aufgebaut; hier geht es beispielsweise um die bessere Wahrnehmung von Vorsorgeuntersuchungen. Schließlich ist ein Arbeitskreis zum Thema Altenhilfe für ältere Menschen mit Migrationshintergrund eingesetzt worden.

Darüber hinaus ist im Zusammenhang mit den Soziale-Stadt-Gebieten insbesondere die Kinderbeteiligung im Stadtteil hervorzuheben. Ingrid Papies-Winkler stellte hier das Projekt „Kiezdetektive“ vor, in dem Kinder nicht nur Probleme und Potenziale („Schätze“) in ihrem Wohnumfeld identifizieren. Sie werden auch in die politische Diskussion und Projektumsetzung auf Bezirksebene eingebunden werden. Schließlich wurde durch die Referentin auf die Zusammenarbeit mit Multiplikatorinnen mit Multiplikatoren hingewiesen – beispielsweise im Rahmen der Schulung von „Gesundheitsmentorinnen“ (Bundesmodellprojekt des Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz ’Besser essen. Mehr bewegen’).

Integration und (Aus-)Bildung

Harald Mels, Hauptschule Hummelsheiner Weg, Nürnberg-Südstadt

Harald Mels stellte als ehemaliger Rektor der Hauptschule Hummelsheiner Weg in Nürnberg-Südstadt (Programmgebiet Soziale Stadt) die integrationsspezifischen Strategien seiner Einrichtung vor. Als Hauptproblem im schulischen Kontext bezeichnete er sprachliche Defizite unter den rund 550 Schülern, von denen rund zwei Drittel einen Migrationshintergrund haben. Das soziale Umfeld der Kinder ist außerhalb der Schule durch einen hohen Anteil alleinerziehender Eltern und/oder von ALG II-Empfängern geprägt.

Vor diesem Hintergrund betreibt die Hauptschule Hummelsteiner Weg eine Reihe von Förderprojekten für Kinder mit Migrationshintergrund. Dazu zählt beispielsweise das Projekt „Südstadtkids“ mit dem Ziel, Schülerinnen und Schüler als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren aufzubauen. Mit ihrer Sprachkompetenz führen sie unter anderem Elternabende zum Thema Bildung in Bayern durch, bieten thematische Stadtführungen an und wirken im Rahmen eines Museumsprojektes mit (weitere Informationen im Internet unter http://www.suedstadtkids.de).

Auf Berufsorientierung ausgerichtete Aktivitäten der Schule umfassen verschiedenen LOS-geförderte Projekte im handwerklichen, medienorientierten und veranstaltungstechnischen Bereich, eine von Schülern konzipierte Broschüre zur Berufsorientierung („blick.b“) sowie Kooperationsprojekte zwischen Schülerschaft und Auszubildenden (z.B. Recherchen zur Berufsinformation, Vorbereitung auf Bewerbungssituationen).

Ein vollkommen anderer Ansatz wurde mit einem Buchprojekt verfolgt: Im Rahmen einer zweijährigen Projektarbeit schrieben Schülerinnen und Schüler gemeinsam einen biographischen Tatsachenroman mit historischem Bezug zur Nürnberger Südstadt („Schüsse am Aufseßplatz“), unter anderem basierend auf Interviews und umfangreichen Recherchen über die Weimarer Republik und das Dritte Reich.

Als besonderer Nutzen dieser Projekte wird von Harald Mels nicht nur angesehen, dass sich Schülerinnen und Schüler Wissen und Kompetenzen auf inhaltlicher und sprachlicher Ebene aneignen, sondern sich vor allem in starkem Maße auch ihrer eigenen Kompetenzen bewusst werden, also mehr Sozialkompetenz und Motivation erlangen. Darüber hinaus komme es durch einige der genannten Projekte zu einer intensiven Auseinandersetzung mit dem lokalen Umfeld der Schule sowie – genereller – mit Geschichte und Kultur Deutschlands als Einwanderungsland.

In der anschließenden Diskussion wurde die große Bedeutung der Erwachsenenbildung für (nachholende) Integration hervorgehoben. In diesem Zusammenhang wies Harald Mels auf die Kooperation seiner Schule mit dem städtischen Bildungszentrum (Schulung der ‚Südstadtkids'), Bibliotheken (Sprachförderung) und Volkshochschulen hin (Auszubildende begleiten Schüler). Voraussetzung für eine solche vielfältige Projektlandschaft sei die Existenz eines Netzwerkes von Förderern und Kooperationspartnern. Zu letzteren gehörten nicht nur andere Schulen in der Nürnberger Südstadt, sondern beispielsweise auch Vereine und Initiativen, die im Rahmen eines regelmäßig stattfindenden Arbeitskreises („Soziales Forum") Ideen für Projekte entwickeln.

Akteurskooperationen als Basis für die Integration vor Ort

Podiums- und Plenumsdiskussion

An der Podiumsdiskussion zum Abschluss des 4. Fachpolitischen Dialoges zum Thema „Akteurskooperationen als Basis für Integration vor Ort" nahmen Dr. Wolfgang Preibisch (BMVBS), Dr. Walter Kindermann (Hessisches Sozialministerium), Dr. Helmuth Schweitzer (Büro für interkulturelle Arbeit der Stadt Essen), Jan Odendahl (Körbe für Köln e.V.), Ingrid Papies-Winkler (Plan- und Leitstelle Gesundheit des Bezirksamtes Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin) und Harald Mels (Hauptschule Hummelsteiner Weg in Nürnberg) teil.

Zunächst ging es auf dem Podium um die Frage, wie man die Lebenswirklichkeiten in Quartieren mit Programmerfordernissen und -systematiken zusammenbringen kann:

- Jan Odendahl betonte, wie wichtig auf kommunaler Ebene Weitsicht und Risikobereitschaft im Zusammenhang mit der Initiierung von Projekten und dem Umgang mit Kreativität seien.
- Harald Mels wies auf die Notwendigkeit einer „schlanken Bürokratie“ und eines Umdenkens bei den Bildungsbehörden hin, denn allein mit Unterricht sei der zusätzlichen Anforderung Integration nicht zu begegnen. Dazu zähle auch, dass die Schulleitung sich auf Bildungsmanagement konzentrieren können müsse.
- Ingrid Papies-Winkler bedauerte, dass die Krankenkassen sich bislang nur sehr wenig in den Programmgebieten der Sozialen Stadt engagierten. Es gebe bislang kaum entsprechende Modellprojekte oder gar eine langfristige Kooperation zwischen Krankenkassen und dem Programm Soziale Stadt.
- Dr. Helmuth Schweitzer erklärte, es müsse im Rahmen der Föderalismusdebatte eine Diskussion über die sinnvolle Verteilung von Mitteln geführt werden, die auch eine stärkere Steuerung von unten nach oben ermögliche. Dazu gehöre beispielsweise die Verlagerung der Bildungsverantwortung auf die Kommunalebene. Auch müssten Bundes- und Landesmittel viel stärker in die Regeldienste fließen – flankiert von Auflagen für den Einsatz der Mittel und für eine Wirkungskontrolle.
- Herr Dr. Walter Kindermann sah in der dahinter stehenden Forderung nach einer Erhöhung des Steueraufkommens der Kommunen nicht von vornherein die Garantie, dass die zusätzlichen Mittel auch im Sinne der Ziele von Soziale Stadt eingesetzt würden. Daher sei es nötig, seitens des Landes einen Rahmen zu setzen, der den zweckgerichteten Einsatz der Mittel gewährleistet. Zudem schlug Herr Dr. Kindermann die Erstellung eines Masterplans für einzelne Städte und Regionen vor, in den das Know-how einfließe, das in vielen Einzelprojekten und Modellvorhaben angesammelt worden sei und als „State of the Art“ bereits existiere.
- Dr. Wolfgang Preibisch erklärte, aus Sicht des Bundes gehe es vor allem darum, die Kooperation auf Stadtteilebene durch ressortübergreifende Kooperation auf Ebene des Bundes zu fördern. Dazu zähle zum Beispiel das Bestreben, möglichst viele Programme hin zu den Programmgebieten der Sozialen Stadt zu lenken und bei der Mittelbündelung die im Programm Soziale Stadt entstandenen Strukturen zu nutzen. In diesem Zusammenhang geht es bei den Modellvorhaben Soziale Stadt um das Sammeln von Erfahrungen, die dann auf andere Ressorts und Politikbereiche übertragen werden können.

Die anschließende Plenumsdiskussion war vor allem durch die Thematik „Förderprogramme und Mittelbündelung“ geprägt:

- Mehrfach wurde auf die erforderliche „Akrobatik“ bei der Bündelung verschiedener Programmmittel hingewiesen. Verschiedene Laufzeiten, Förderziele und Förderkriterien sowie die hohen Belastungen bei der Projektkoordination erschweren eine Bündelung von Programmen und die Verstetigung sinnvoller Projekte.
- Mit Bezug auf den Vortrag von Herrn Yildiz wurde der Wunsch nach einer anderen, „weniger sortierten“ Blickrichtung bei der Auswahl und Bewertung von geförderten Projekten geäußert, vor allem um die Akteure vor Ort und die Quartiersbevölkerung besser einbeziehen zu können.

- In Hinblick auf die Kontrolle der Mittelverwendung wurde die Bedeutung von Stadtteilöffentlichkeit betont und in diesem Zusammenhang auf das Vorgehen in Programmgebieten von Bremen hingewiesen. Dort erfolge die Vergabe von Fördermitteln im Rahmen von Stadtteilforen, auf denen die Projekte unter Angabe des Budgetrahmens vorgestellt werden.
- Im Zuge der Diskussion wurden außerdem verfahrenstechnische Probleme angesprochen, die eine Entwicklung nachhaltiger Projekte durch die mangelnde Planbarkeit in Bezug auf die Mittelvergabe einschränkten.

Zwischenbilanz: Wo stehen wir mit der Integration von Zuwanderern vor Ort?

PD Dr. Erol Yildiz, Erziehungswissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln

Zum Abschluss des 4. Fachpolitischen Dialogs plädierte Dr. Erol Yildiz in einem kurzen Fazit der Veranstaltung dafür, bei der Integration von Zuwanderern vor Ort stärker als bisher den Blickwinkel der Bewohnerinnen und Bewohner einzunehmen und die Menschen als Expertinnen und Experten ihres Stadtteils zu verstehen. Zudem müssten insbesondere Schulen, die bisher sehr strukturkonservativ seien, flexibler auf Integrationsanforderungen reagieren.